

Hätte, hätte, Lieferkette?

KLJB fordert ein wirksames Lieferkettengesetz auf Bundesebene, in Europa und für Bayern

Der Zwischenbericht des "Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte" (NAP) ist alarmierend. Weniger als 20 % der größeren deutschen Unternehmen bemühen sich nach eigener Aussage darum, ihrer unternehmerischen Sorgfaltspflicht entlang der globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten nachzukommen.¹ Im NAP aus dem Jahr 2016, der 2017 auch im Koalitionsvertrag auf Bundesebene bekräftigt wurde, ist festgehalten: Wenn sich bis 2020 herausstellt, dass weniger als die Hälfte der großen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht auf freiwilliger Basis nachkommen, sollen "weitergehende Schritte bis hin zu gesetzlichen Maßnahmen" geprüft werden.²

Um weitere Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung entlang der globalen Lieferketten von Unternehmen zu unterbinden, fordern wir daher die menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflicht der Unternehmen umgehend und wirksam, gesetzlich zu verankern.

Wir sind mit unserer Forderung nicht allein

Die KLJB Bayern unterstützte die bundesweite Petition des breiten Bündnisses für ein wirksames Lieferkettengesetz, gemeinsam mit ihren Dachverbänden der KLJB Deutschland und dem BDKJ, in dem vom Eine-Welt-Netzwerk Bayern koordinierten bayerischen Bündnis für ein Lieferkettengesetz.

¹ Vgl. Monitoring des Umsetzungsstandes der im Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte 2016–2020 beschriebenen menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht von Unternehmen. Zwischenbericht Erhebungsphase 2020, S.IV

² Auswärtiges Amt (Hrsg.) (2017): Nationaler Aktionsplan Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte 2016 – 2020, Berlin, S.10

26 Die Initiative war eine der erfolgreichsten Kampagnen für ein Gesetz, die es je
27 gab: Über 222.222 Unterschriften konnten im September 2020 an die Kanzlerin
28 übergeben werden. Dazu unterstreicht eine Umfrage, dass 75% der
29 Bundesbürger*innen ein Lieferkettengesetz befürworten.³ Auch die
30 Bundesregierung, allen voran Arbeitsminister Hubertus Heil und
31 Entwicklungsminister Gerd Müller, plädiert für ein starkes Gesetz.

32

33 **Statt verzögern und verwässern jetzt auf Bundesebene gesetzlich verankern**

34 Für ein im März 2020 entworfenen Eckpunktepapier des Bundesgesetzes gab es im
35 Kabinett vor allem aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
36 um Bundesminister Peter Altmaier Gegenwind. Es wird versucht, den
37 Gesetzgebungsprozess im Sinne der Wirtschaftsverbände aufzuschieben und den
38 Gesetzesentwurf in seinem Ausmaß abzuschwächen. Diese Lockerungen betreffen zum
39 Beispiel die Streichung von Umweltbelangen, die zivilrechtliche Haftung der
40 Unternehmen gegenüber Betroffenen sowie eine Beschränkung auf die größten
41 Unternehmen. Die Folge wäre ein extremer Wirkungsverlust des gesetzlichen
42 Rahmens. Damit Menschenrechte und Umweltstandards entlang der Lieferketten in
43 einer globalisierten Welt tatsächlich gewahrt werden, darf das Gesetz auf
44 Bundesebene aber nicht weiter verwässert, verzögert oder verhindert werden,
45 sondern muss noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden!

46

47 **Ein ernstgemeintes Lieferkettengesetz**

48 Damit soziale Gerechtigkeit, die Achtung der Menschenrechte und Umweltschutz
49 tatsächlich gesichert werden, muss das Lieferkettengesetz bestimmte
50 Mindestanforderungen erfüllen. Unternehmen müssen dazu verpflichtet werden, ihre
51 Lieferketten auf Missstände als auch Risiken zu untersuchen und ggf.
52 Gegenmaßnahmen einzuleiten. Anschließend soll über die Analyse und deren
53 folgenden Maßnahmen öffentlich berichtet werden. Im Falle einer Unterlassung
54 erfolgen Sanktionen, bei Schäden müssen Betroffenen rechtmäßig entschädigt
55 werden. Wir fordern ein ernstgemeintes Lieferkettengesetz und unterstützen daher
56 die fünf Kernforderungen des Bündnisses Lieferkettengesetz.

³ Vgl. Lieferkettengesetz - KW 37/2020 Eine Umfrage von infratest dimap im Auftrag von Germanwatch e.V – Tabellenbericht, S.3

57 Damit ein Lieferkettengesetz tatsächlich wirkt, muss es

- 58 • Unternehmen zur Sorgfalt in der gesamten Wertschöpfungskette, die von der
59 Rohstoffgewinnung bis zum Endprodukt reicht, verpflichten und darf nicht
60 hinter die Anforderungen der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und
61 Menschenrechte zurückfallen.
- 62 • eine staatliche Behörde dazu befugen, die Einhaltung der Menschenrechts-
63 und Umweltschutzvorgaben zu kontrollieren und ihr die Möglichkeit geben,
64 Unternehmen ab einer Größe von 250 Beschäftigten zu sanktionieren.
- 65 • den Zusammenhang zwischen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung
66 anerkennen und Umweltbelange berücksichtigen.
- 67 • eine zivilrechtliche Haftung ermöglichen und Betroffenen von
68 Menschenrechtsverletzungen im Ausland die Möglichkeit geben, von
69 verantwortungslos handelnden Unternehmen vor deutschen Gerichten
70 Schadensersatz einzuklagen.
- 71 • alle Unternehmen aus Sektoren mit großen Menschenrechtsrisiken ins Auge
72 fassen, unabhängig ihrer Größe. Hier ist der Grundsatz der
73 Verhältnismäßigkeit⁴ zu berücksichtigen.⁵

74 Darüber hinaus fordern wir ein geschlechtergerechtes Lieferkettengesetz, das
75 insbesondere Rechte von Frauen stärkt. “Das Lieferkettengesetz muss klarstellen,
76 dass Unternehmen die in der UN-Frauenrechtskonvention genannten Rechte achten.
77 In internationalen Lieferketten muss auf geschlechterspezifische
78 Risikoabschätzungen, familienfreundliche Arbeitsbedingungen, Entgeltgleichheit
79 und existenzsichernde Löhne hingewirkt werden.”⁶

80

⁴ „Die Unternehmen müssen durch ein Gesetz dazu verpflichtet werden, angemessene Maßnahmen entsprechend ihrer Größe und der Schwere der drohenden Menschenrechtsverletzung und des Umweltschadens zu ergreifen. [...] Ein Lieferkettengesetz kann Unternehmen [...] nicht zu Maßnahmen verpflichten, die unverhältnismäßig oder unangemessen wären.“ aus dem Papier „Anforderungen an ein wirksames Lieferkettengesetz“ der Initiative Lieferkettengesetz

⁵ Vgl. Aufzählung in Anlehnung an die Kernforderungen der Initiative

Lieferkettengesetz. Online einzusehen unter <https://lieferkettengesetz.de/forderungen/>

⁶ Borkenhagen et al. (2020): Geschlechtergerechtigkeit in globalen Lieferketten Forderungen an Politik & Unternehmen

81 **Gemeinsam auf Europaebene durchstarten**

82 Einige Länder in Europa, darunter Frankreich und die Niederlande, haben für
83 global tätige Unternehmen bereits gesetzliche Regelungen zur Achtung der
84 Menschenrechte. Deutschland kann gemeinsam mit diesen Ländern eine
85 Vorreiterrolle und Vorbildfunktion einnehmen und beweisen: Ein ambitioniertes
86 Lieferkettengesetz ist sinnvoll und möglich. Damit erhöht sich auch der Druck
87 auf die EU-Kommission ein ambitioniertes und für alle Mitgliedsstaaten
88 verbindliches, europaweites Lieferkettengesetz umzusetzen. Deutschland hat bis
89 Ende des Jahres 2020 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Wir fordern
90 diese Gelegenheit zu nutzen, um auch auf europäischer Ebene eine wirksame
91 Verordnung voranzubringen.

92

93 **Bayerisches Vorbild sein**

94 Als KLJB Bayern unterstützen wir mit Nachdruck das bayerische Bündnis sowie das
95 Engagement der Minister Heil und Müller auf Bundesebene für die rasche Umsetzung
96 eines wirksamen Lieferkettengesetzes, damit weltweite Umweltzerstörung und
97 Menschenrechtsverletzungen durch unternehmerische Tätigkeiten wirksam
98 unterbunden werden.

99 Wir fordern die bayerische Staatsregierung auf, diesen Weg mit uns zu gehen: Der
100 Freistaat sollte als Vorbild voranschreiten und bei der Vergabe eigener
101 öffentlicher Aufträge und Unternehmensbeteiligungen menschenrechtliche,
102 ökologische und soziale Kriterien verbindlich festschreiben sowie auf Bundes-
103 und Europaebene energisch für ein wirksames Lieferkettengesetz eintreten.

104 Als Jugendverband setzen wir uns seit Jahren für einen sozialen Welthandel sowie
105 den globalen Umwelt- und Klimaschutz ein. Auch mit unserem Projekt „HITZEfrei –
106 Auszeit für die Erde“ engagieren wir uns, nach dem Motto „global denken, lokal
107 handeln“, gemeinsam mit den Mitgliedern unseres Verbands für eine nachhaltige
108 Entwicklung in der „Einen Welt“. Wir wollen einen gesamtgesellschaftlichen
109 Austausch über globale Verantwortung anheizen und damit Politiker*innen im
110 Europaausschuss des Landtags, bayerischen Abgeordneten in Bundestag und
111 Europaparlament sowie Konsument*innen Handlungsimpulse geben.